

Halle-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die Halle-Zeitung erscheint an jedem Wochentag unentgeltlich. Der monatliche Bezugspreis durch Post beträgt 2.00 Reichsmark. Der halbjährliche durch Post 10 Reichsmark, der vierteljährliche durch Post 5 Reichsmark. Einzelhefte 10 Pfennige. Die Halle-Zeitung ist ein Mitglied der Reichs-Verlagsanstalt. Die Halle-Zeitung ist ein Mitglied der Reichs-Verlagsanstalt. Die Halle-Zeitung ist ein Mitglied der Reichs-Verlagsanstalt.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

In Mannheim hat die im Benehmen mit dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft durch den Städtetag veranstaltete Wirtschaftstagung in Anwesenheit zahlreicher Regierungs- und Behördenvertreter ihren Anfang genommen, die die Förderung des Wirtschaftsverkehrs in Deutschland bezweckt.

Der Preussische Landtag mußte die für Sonnabend vorgesehene zweite Beratung des Landwirtschaftsgesetzes vertagen, da von den Herren Abgeordneten kaum 20 es für notwendig gehalten hatten, zu dieser angelegentlich der Landwirtschaftsminister ausserordentlich wichtige Beratung anwesend zu sein.

Ein Antrag fast aller Parteien, der sich gegen die Stilllegung der Eisenbahnverhältnisse namentlich in den preussischen Grenzgebieten des Ostens wendet, fand mit großer Mehrheit Annahme. Abgelehnt wurde dagegen ein kommunalistischer Antrag, der die weitestgehende Förderung enthielt, auf die Reichsbahnverhältnisse dahin einzuwirken, daß eine sofortige Einstellung des Personalabbaues erfolge.

In Übereinstimmung mit dem kürzlichen Beschluß des preussischen Landtags wird demnächst in einer Anzahl von Seichtlohnrenten des Westens den Grundbesitzern für diejenigen Dienstleistungen, die den Schutz von Leben und Gesundheit der Bergarbeiter und die Arbeiterwohlfahrtspflege betreffen, je ein Bergarbeiter beigegeben, der die Dienstleistungen „Grubenkontrolleur“ führt.

Der preussische Kultusminister Dr. Becker hat einem demokratischen Landtagsabgeordneten auf eine Anfrage mitgeteilt, daß ein Gesetzentwurf über die Trennung von Kirche und Schulamt zurzeit aus finanziellen Gründen nicht vorgelegt werden könne.

Von dem Militärpolizeikommando in Koblenz wurden zwei junge Deutsche wegen Verleumdung eines Belgiers zu sechs bzw. ein Monat Gefängnis mit beschlagnahmten Strafgeldern verurteilt. Der Verleumdete ist als Separatist und Spion bekannt.

Am 14. Mai werden die Dinerschiffe „Schleswig-Holstein“ und „Glois“ sowie einige kleine Kreuzer die Ausreise nach Spanien antreten. Da die Rückkehr erst am 19. Juni erfolgen wird, wird die Flotte am Freitagtag nicht in ihren Häfen sein. Die deutschen Torpedoboote werden eine Kommerzien nach Schwedens Häfen machen.

Die italienische Kriegsschiffe, die dem englischen Kriegsschiff Malta einen Besuch abgelehnt hat, ist am Sonnabend abgefahren. Vom 27. April bis 1. Mai wird eine französische Flotte in Malta erwartet. — England will es mit keinem der beiden anderen Mittelmeerdeute verbinden, also muß es den prompt als Antwort auf den italienischen Besuch angemeldeten französischen Flottenbesuch empfangen.

Kaut amtlichem französischen Bericht beginnen heute die offiziellen Friedensverhandlungen mit Udé et Klein. Spanien hat keine Beteiligung noch nicht zugeeigt. (Bisher fanden nur informelle Verhandlungen statt, doch herrschte inzwischen schon Waffenruhe.)

Aus Serbien wird gemeldet: Die japanischen Truppen haben am Sonntag die Hauptstadt des Ober-Drus Suedra nach schließlichen Kämpfen genommen. Der Kommander „Daiti Waki“ zufolge leisteten 6000 Drusen verzweifelt Widerstand. Sie hatten schwere Verluste und mußten zwei Geschütze im Stich lassen.

Aus der persischen Hauptstadt Teheran wird gemeldet: Der neue Schah von Persien, Riza Khan Pahlavi, wurde am Sonntag mit acht orientalischer Pracht geföhrt.

In China dauern die Kämpfe zwischen den republikanischen „Nationalen“ und den Truppen der verbündeten Generäle Wupeifu und Liangang-hsin an. In Peking befinden sich an 280 000 Flüchtlinge, die Lebensmittelnot leiden. Liangang-hsin hat laut amtlicher russischer Meldung seinen Aufmarschbescheid gegen den russischen Botschafter in Peking, Katschan, auf Grund eines Unversöhnlichkeits mit Rußland zurückgezogen.

Absage der Deutschnationalen Volkspartei.

Auf dem Parteitag der deutschnationalen Landesverbände Potsdam II. der am Sonntag in Berlin abgehalten wurde, hielt der Parteivorsitzende, Graf Westarp, eine Rede über die Ziele der Partei. Er erklärte u. a.: Wir wollen uns nicht mit dem Größe und Bedeutung der Partei entprechenden Einfluß, den unmittelbaren Anteil an den Regierungsgeschäften erlangen, unser Ziel kann jedoch nicht durch den Eintritt in die jetzige Regierung erreicht werden.

Auch eine Unterstützung der jetzigen Regierung, die es ihr ermöglicht, außenpolitisch mit den Sozialdemokraten und innenpolitisch in diesem oder jenem Fall mit uns zu regieren, führt nicht zum Ziel.

In der Außenpolitik halten wir an der Opposition fest.

Die Gründe, aus denen wir noch vor kurzem die Politik von Genf bekämpft und die Zurücknahme des Antrages auf Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gefordert haben, sind inzwischen nicht befristet, sondern verjährt worden. Man mag an die Befähigungslage oder an die Militärkontrolle, an Chamberlains Ablehnung jeder Verifizierung der Befähigungskriterien oder an die fortgeschrittenen Verhandlungen Deutschlands Aufnahme in den Reich durch dessen Erweiterung zu antworten. Der jetzt fertigkommende deutsch-russische Neutralitätspakt ändert an unserer Kooperationspolitik nichts.

Zu dem Fürstentompromiß erklärte Graf Westarp: Bei den Verhandlungen über dieses Kompromiß werten wir uns nicht durch die Weisheit des Volksbegehrens von unseren Grundrissen abbringen lassen.

Das Reich und Preußen gegen die Fürsteneinteilung.

Am 11. Mai. Die Reichsregierung hat am Sonnabend beschloßen, den im Volksbegehren verlangten Entwurf eines Gesetzes über Einteilung der Fürstentümer dem Reichstag zu unterbreiten. Demgemäß hat der Reichsminister des Innern eine entsprechende Vorlage an den Reichstag gemacht. Die Vorlage enthält einen Bericht, der das Zustandekommen des Volksbegehrens darstellt. Dem Bericht ist u. a. eine Darlegung der Reichsregierung zu dem Gesetzentwurf und eine gutachtliche Beurteilung zu der Frage der Verfassungsmäßigkeit dieses Entwurfs beigelegt.

Die Darlegung der Reichsregierung lautet aus: „Die unzulässige Einteilung des gesamten Vermögens der Fürsten, wie sie der Entwurf vorsieht, widerspricht den Grundgesetzen, die in einem Reichsstaate die Grundlage für jeden Gesetzentwurf zu bilden haben. Die Reichsregierung vermag daher den Inhalt des Entwurfs nicht als brauchbare Unterlage für die Auseinandersetzungen zwischen den Rändern und den ehemals regierenden Fürstentümern anzusehen und spricht sich auf das Entschiedenste gegen die Annahme des Entwurfs durch den Reichstag aus.“

Dagegen kann nach Ansicht der Reichsregierung eine angemessene Regelung der Auseinandersetzungen nach den Grundrissen des zurzeit der Beratung des Reichsausschusses des Reichstages unterliegenden Entwurfs eines Gesetzes über die vermögensrechtliche Auseinberlegung zwischen den preussischen Rändern und den vormals regierenden Fürstentümern (sog. Kompromißentwurf) erfolgen. Die Regierung wird ihrerseits im Besonderen ihrer Erklärung vom 26. Januar 1926 (Sien. Berichte des Reichstages S. 5146) das Zustandekommen eines Kompromißentwurfs mit allen Mitteln fördern und hofft, daß auf diesem Wege für die Auseinberlegung zwischen Fürsten und Rändern eine Rechtsgrundlage geschaffen wird, durch die sich der weitestgehende Gesetzentwurf des Volksbegehrens inhaltlich erbringt.“

Preußen für den Kompromißentwurf

Im Reichsausschuß des Reichstages verlas am Sonnabend der Vorsitzende Abg. D. Dr. Kahl (Dop.) mehrere neue Anträge, die im einzelnen Verbesserungen des Kompromißentwurfes über die Fürsteneinteilung zu Gunsten der Fürsten bezwecken.

Finanzminister Dr. Hüpsler-Mohr legte in einzelnen Ausführungen dar, wie die Wünsche des preussischen Staates gegenüber dem abgeschlossenen Vergleich durch die Anträge erfüllt werden. Dadurch würde man etwa je folgenden Ergebnis gelangen. Im Grundbesitz wurde das frühere Königshaus einschließlich der Rekonstruktion nach dem Vergleich vom Oktober 1925 erhalten haben insgesamt etwa 514 000 Morgen, während den Staaten nur etwa 110 000 Morgen verbleiben würden. Bei Annahme des Kompromißentwurfes würde der Staat darauf rechnen können rund 347 000 Morgen Land und Forsten zu erhalten, während dem Königshaus nur 380 000 Morgen zufließen würden. In Verabreichungen sei dem Königshaus in dem Vergleich vom Oktober 1925 eine Summe von 30 Millionen zugelegt worden, während nunmehr eine Verzinsung von etwa 12 Millionen Reichsmark in Frage komme.

Ungeachtet dieses Ergebnisses und mit Rücksicht darauf, daß durch die Annahme des Gesetzentwurfes eine Verdrängung der Öffentlichkeit zu erfolgen ließe, wurde er namens der preussischen Staatsregierung erklärt, daß Preußen sich mit dem Gesetzentwurf bei Annahme der neuen Überlegungsanträge abfinden würde.

Der deutschrussische Vertrag abgeschlossen.

Das Reichskabinett hat am Sonnabend im Letzt vorliegenden Vertrag zwischen der Union der Sowjetrepubliken und Deutschland ausgehakt. Der Reichspräsident hat dem Reichsaussenminister Solmskötter gegeben, den Vertrag zu zeichnen.

Am Montagvormittag tritt zunächst der Auswärtige Ausschuss des Reichstages zusammen, um den Bericht über den Vertrag entgegenzunehmen. Nachdem tritt der Auswärtige Ausschuss des Reichstages zusammen, wobei gleichfalls der Bericht der Tagessordnung bildet. Nach dem Beschluß der Beratungen des Reichstages und des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages wird die Veröffentlichung des Vertrages erfolgen. Da erst für Anfang der nächsten Woche die Veröffentlichung des Vertragstextes zwischen den beiden Vertragschließenden Staaten vereinbart ist, kann bis dahin über die Einzelheiten des Vertrages nichts gesagt werden. Alle bisherigen Nachrichten über den Inhalt des Vertrages können nicht als zureichend angesehen werden. Die Einigung über den Text ist erst in den letzten Tagen erreicht worden. Der Vertragstext wird voraussichtlich durch Kurier in die einzelnen Hauptstädte gebracht werden und dort gleichzeitig veröffentlicht werden.

Deutscheneinschicht der Tschechen.

Wie das Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Prag „Der Sozialdemokrat“ meldet, hat 93 deutsche Eisenbahnenbedienstete ohne Pension und Abfertigung entlassen werden. Die Entlassenen haben bei 10 bis 15 Jahren im Dienst. Unter ihnen befinden sich 12 Familienmütter, die zum Teil 5 bis 6 Kinder zu versorgen haben. Die Entlassenen stehen mit der normalen Abwanderung nicht im Zusammenhang. An Stelle der deutschen Arbeiter wurden tschechische angenommen. Das Blatt bezeichnet diese Maßnahmen als den Beginn einer neuen Lebensnotlage.

Die schwarze Fahne der Verzweiflung.

Bon ganz besonderer, und zwar nicht etwa ungerührter Seite geht uns die nachfolgende Darstellung an, die wir in ihrem Inhalt, die Grundanschauungen jedochem Größten unter dem Vorzeichen vorzuzustellen wollen, ohne daß wir selbst bereit dazu Stellung nehmen. Die Schriftleitung.

Man mache sich einmal folgende Rechnung klar: Der ganze deutsche Wein, Obst, Gemüse und Kartoffelbau stellt einen jährlichen Produktionswert von 2000 Millionen Mark dar. Dagegen das, was uns Spanien absteuert hat, beträgt 161,5 Mill. M., Italien 385,1 Mill. M., Frankreich 199,5 Mill. M., zusammen 680,1 Mill. Mark.

Die deutsche Außenhandelspolitik sieht bisher folgendermaßen aus: x Minister + y Gelände + z Konsum und Bizekonsum + xx Ministerialdirektoren + yy Ministerialräte + zzz Industriepolitici mit einem Rohwert von (x+y+z+xx+yy+zzz) Mill. Mark gebären

benähmen sich, die Summe, welche uns Spanien, Italien und Frankreich vielleicht im nächsten Jahre abzutunten gerufen, von 630 auf 990 Millionen Mark zu steigern. Man nennt das Ankerbauern der Exportindustrie, Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch Produktionspolitik. Das Mittel hierzu ist die Herabsetzung einer unfinnigen, noch dazu gepumpten, Weins, Obst, Gemüse, Eier- und Kartoffeleinfuhr von 916,9 Mill. M. im Jahre und die Erteigerung der Schuldenlast zuzüglich 10 Proz. Zinsen.

Die natürliche Folge ist: Verlust von 500 Millionen Mark mindestens am Wert der eigenen Beschäftigten. Weins, Obst, Gemüse, Eier, Kartoffelproduktion, deren Wertprodukt von 2000 auf 1500 Mill. M. fällt.

Die weitere Folge ist Verzeckel und die schwarze Fahne: Einige tausend verzweifelte Kleinbauern ratten sich zusammen und stürzen das Finanzamt. Das waren nicht grüne Jungens, arbeitslose Tage die oder vertriebene Volkswirtschaften, sondern es waren arbeitslose deutsche Wirtschaftspolitische Familienortler.

Sie ertüchtigen sämtliche Steuerarten. Das ist eigentlich ganz logisch. Denn wenn in Süd- und Westdeutschland der Kleinbauernstand durch unsere Außenhandelspolitik ruiniert wird, so sind fernerhin die dortigen Finanzämter mit Beamten und Angestellten überfüllig; auch die übrigen freien Berufsstände werden je länger je mehr Verlust an Ertragswert bald zu fühlen bekommen. Es scheint uns in dieser Tat mehr Logik und Nachdenken zu liegen als in der Außenhandelspolitik unseres A. (Auswärtiges Amt) und W. (Wirtschaftsministerium). Es wäre allerdings denkbar, daß man den wertvollen Apparat des Finanzamtes gleich im umgekehrten Sinne arbeiten ließe, als Versorgungsamt für die unterfüllungsbedürftig gemordete Bevölkerung. Immerhin sind die Steuerarten überfüllig.

Süddeutschland und Westdeutschland und der gesamte Gemüse-, Obst- und Weinbauernstand Deutschlands muß sich eben umstellen von dem festerhaltenen Resultats eines Erzeugers- und Steuerzahlerstandes auf das mehr getriebene Bewußtsein eines unterfüllungsbedürftigen Standes. Der Anfang dazu wird mit der Verteilung von etwa 25 Mill. M. von Kreditgebern aus der öffentlichen Hand gemacht.

Es ist vielleicht die Frage berechtigt, ob diese deutsche Außenhandelspolitik einschließlich ihrer Folgen auf Überlegung beruht oder auf dem Gegenteil. Man würde doch verlockend wirken, wenn man annähme, die geistige Fähigkeit jenes wertvollen Apparates von: x Minister + y Gelände + z Konsum und Bizekonsum + xx Ministerialdirektoren + yy Ministerialräte + zzz Industriepolitici reichte nicht zu für die Überbedingung dieses Kapitalvermögens bis zum Ende der Reite. Man muß sich geistige Fähigkeit noch mindestens auf den Wert der Summe der Gehälter (x+y+z+xx+yy+zzz) Mill. M. berechnen.

Aber ebenjamtig kann man doch annehmen, daß dieses geistliche und geistliche Experiment an Lebenden ein gemolltes ist. Ich bitte den Leser, ein bis zwei Tage über diesen Zusammenhang nachzudenken und sich um eine Lösung für die Beantwortung dieser wichtigen Frage zu bemühen. N. N.

Das Reichs-Knappschaftegesetz.

Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten erledigte im Rahmen der Verhandlungen über eine Wänderung des Reichs-Knappschaftegesetzes seine Beratungen über die knappschafte Pensionsversicherung. Die Pensionsversicherung

zung der Angehörigen und Arbeiter soll nötig gemacht werden. Die Wirtschaftslagen der Arbeitervereinsvereine sollen gegen das bisherige Recht erneuert werden und der bisherigen Alterspension soll ihr Charakter als Alterspension anberaumt werden, dafür aber eine Alterspension anderer Art als besondere Leistung des Arbeitspensionsfonds eingeführt werden. Die Gesundheitsförderung der Angehörigen soll im wesentlichen denjenigen der Arbeiter nachgebildet werden. Grundsätzlich soll den im Bergbau beschäftigten Angehörigen mindestens der gleiche Versicherungsschutz, wie den übrigen Angehörigen, gestiftet sein.

Dr. Held gegen Locarno.

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held, also der Chef des zweitgrößten deutschen Landes, hat auf der Tagung des Landesverbandes der Bayerischen Volkspartei in Regensburg folgende bedeutsame Erklärungen abgegeben:

Wenn wir die deutsche Außenpolitik der letzten 1 1/2 Jahre betrachten, so kann ich nicht behaupten, daß wir eine besonders glückliche Hand gehabt haben. Ich bin nicht der Auffassung, als ob nur über England unser Heil zu finden wäre.

Der Sicherheitspakt und was damit zusammenhängt, ist im letzten Grunde nichts anderes, als eine Sicherung der englischen Politik.

Was wir bisher von Locarno erlebt haben, ist nur eine Kette von Enttäuschungen; das gilt besonders für unsere Pfalz, wo die Dinge eher noch schlechter geworden sind, als sie schon waren. Der Völkerverbund ist nichts anderes als ein Instrument der Siegerstaaten, um uns an die Hand zu drücken.

So wenig die Minoritätenfragen durch den Völkerverbund weitergebracht werden sind, so wenig wird Deutschland imlande hinein die Dauer der Besetzungsschritten am Rhein vorwärtszubringen. Deutschland kann sich außerhalb des Völkerverbundes viel stärker geltend machen, als es im Völkerverbund möglich ist. Es ist eine Frage für sich, in die Völkerverbundskommission einzutreten, ohne zu wissen, welche Kompetenzen diese Kommission hat.

Ich würde es für einen Fehler halten, wenn Deutschland nur die Westpolitik treiben wollte, aus der Stimmung heraus, die uns heute beherrscht gegenüber der Sowjetpolitik. Ich glaube, daß das Ausland von heute nicht das Ausland der Zukunft sein wird.

Neuregelung der Beamtenbesoldung?

An einer kleinen Anfrage der Deutschen Volkspartei der Breussischen Landtags wird darauf Bezug genommen, daß in der Sondernummer der „Rundschau für Kommunalbeamte“ vom 18. April der Entwurf einer Vereinbarung über die Beamtenbesoldung und einer Zusatzvereinbarung, wie er vor kurzem den Landesregierungen seitens des Reichsfinanzministers zugegangen sein soll, sowie ein Antwortschreiben des preussischen Finanzministers vom 6. April gebucht wird. Das preussische Staatsministerium wird gefragt, ob beide Mitteilungen den Tatsachen entsprechen, ob tatsächlich zu dem Zeitpunkt, zu welchem das Besoldungspergelgeß abließ, über den Ablauf verhandelt wurde, ein Schriftwechsel über neue verbindliche Vereinbarungen zwischen den Regierungen stattgefunden hat, und ob jetzt irgendwelche Bindungen erfolgt sind.

Der Darmattan.

Ein Lopezmann von Robert Simpson.
Unvollständige Übersetzung aus dem Englischen von O. D. Herzog, Berlin.

1. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
Dante, der etwas bekümmert über die Rolle war, die er gespielt hatte, und dachte, daß die Erzählung der Schreckensfälle Claverings kein Verhalten in ein milderes Licht rufen würde, legte los. Er erzählte ihr düstere Geschichten von toten Tieren, die Rauch, Schlamm, Aß und Blut hinterließen; Laten, begleitet von Waffengeräusch, umgeben von Geheimgängen, Schweiß und Finsternis, in deren Mittelpunkt ein Mann stand, der stets als Gentleman auftrat, aber als der geistliche Richter aller Verdorbenen galt, die in jenem Zeit Affären verhielt wurden.

Einige der Geschichten, die Dante erzählte, er zählen können, mußten unterbleiben, da sie zu sehr eine Dime war; aber was er erzählte, war schlimm genug. Mit Generalde la Roche, mit leicht erlöschenden Wangen, jedoch ohne das Entsetzen, das Dante erwartet hatte.

Die Barfasse Claverings war ein großes, schmelztes Boot, das unter seiner Führung sich mit großer Geschwindigkeit durch die nachdrückenden Flüsse wand wie ein Schmetterling, der ein Bild hinter sich beschleift.

Die „Wiolet“ schwante und rollte im Kielwasser, und Dante dachte, daß diese Bewegung in Verbindung mit den Geschichten, die er erzählt hatte, der Willionsdame Unbehagen bereite. Er war eben im Begriff vorzuschlagen, die frühere Luft des Verdrusses aufzulösen, als sie aufschau und ihn fragte:

„Ich glaube Sie wissen, daß all dies wahr ist? Das Menschenbild ist vollständig?“

„Ich kann nur sagen, was ich gehört habe,“ betonte sie. „Ich kann nicht sagen, daß es wahr ist.“

Kommunalpolitische Tagung der Deutschen Volkspartei

Die am Sonntabend in das hiesige Haus der Volkspartei abhaltende 14. ordentliche Versammlung des kommunalpolitischen Ausschusses der Deutschen Volkspartei, Landesverband Halle-Merseburg, wurde von Geheimrat Professor Dr. Fingert mit einer Ansprache eröffnet, in der er die ausgedehnte Lage der preussischen Kommunen beleuchtete und auf die besondere Bedeutung der beiden auf der Tagesordnung stehenden Referate hinwies.

Es folgte erstlich darauf Dr. Paedel, der Geschäftsführer des Reichsstadverbundes in Berlin, das Wort zu dem Thema:

„Steuerreform, Verwaltungssystem und Finanzansatz als Gesamtsystem.“

Solange die Parlamente nicht selbst die Vereinfachung und Berichtigung zu ihrem Besten machen, solange sind alle Reformpläne für eine sparsame Verwaltung müßig. Überdies werden auch diese Reformpläne nur gering sein, solange es noch an dem jetzigen Finanzapparat festhält. Durchgreifenden Erfolg kann nur haben eine Vereinfachung der Finanzverwaltung und der Rechts- und Landesverwaltung durch Zusammenlegung einzelner ähnlicher Ministerien und Verlegung der Verwaltungsgewalt von den überlebenden Partikularismen. Das Verhältnis zwischen Staat und Selbstverwaltung muß im Zeichen von Nationalismus und Dezentralismus neu geregelt werden; Verwaltungsformen im allgemeinen, Konzentration der kommunalen Aufgaben in den Städten, Dezentralisation der Staatsverwaltung auf die Selbstverwaltung. Eine Vereinfachung ist auch dabei natürlich nur dann zu erzielen, wenn nach der Entlastung einer Behörde nicht gleichzeitig eine andere mit genau demselben Apparat belastet wird. Der Gedanke der großen Verwaltungsreform ist nur dann durchführbar, wenn unter Beibehaltung der Oberbehörden die Mittelbehörden abgebaut und die der Bestreiftwerden befreit werden. Zu einer Reform des Steuerwesens ist eine starke Einschränkung, des öffentlichen Bedarfs und eine richtige Verteilung der Kosten unter Anspannung an den dritten Wirtschaftskreis erforderlich. Ferner muß der Finanzansatz durchgehend auf die Selbstverwaltung der Länder und Gemeinden basieren, wobei wiederholentlich werden, daß man ihnen das Anreizbelohnungssystem gewährt, ein unabhängiges Finanzmittel zu durchgreifenden Sparmaßnahmen.

Als zweiter Referent sprach Herr Bürgermeister Stiebler aus Ostermünde über das Thema:

Zwischenkredite für Kleinwohnungen.

Mit Bezugnahme auf die vom Reich für die Gewährung von Zwischenkrediten auf erste Hypothek für Kleinwohnungen zur Verfügung gestellten 200 Mill. M. wird preisgegeben, daß das Reich einsehen für den Zugriff der öffentlichen Banken, daß ein Teil davon von 40 Millionen Millig gemacht habe. Die Behörden seien die Mittel über öffentliche und private Kreditinstitute an die Bauherren zu leisten. Dies bedeutet für die Bauherren einen erheblichen Anreiz in jeder Provinz sowie außerhalb der selben. Die Bauherren wenden sich mit ihren Anträgen unmittelbar an diese Institute.

Der Kredit muß mit demselben Zinssatz, den das Reich verlangt und der zurzeit 6% Prozent beträgt, an die Bauherren weitergegeben werden. Die vermittelnden Geldinstitute sind nur berechtigt, einen Verwaltungsbeitrag von höchstens 0,5 Prozent zuzuschlagen. Die Hypotheken sollen Tilgungssubvention sein. Der Tilgungssatz darf 1-2 Prozent nicht übersteigen. Der Bauherr ist berechtigt, die Hypothek nach zwei Jahren zu kündigen und zurückzugeben. Die Hypothek soll möglichst bis zu 60 Prozent des Bau- und Rohwertes gegeben werden. Der Durchschnittssatz darf für eine Wohnung zu gewöhnlichen Hypothek darf im übrigen die Summe von 5000 Mark nicht überschreiten.

„Mit welcher Berechtigung wird von den Gemeindevorständen größte Sparsamkeit gefordert?“

Von der Regierung sind den Gemeinden immer wieder Sparpläne vorgelegt; in der neuen Städteordnung soll diesem Punkte sogar ein eigener Paragraph gewidmet werden. Die Gemeinden müssen sich eine Ausnahmebewilligung einholen und der Regierung gegenüber bezeugen, daß sie aus ihrem Haushalt nicht mit Steuern weichen darf. Die Erhöhung der Gemeindeforderungen liegt meist nicht an einer mangelhaften Finanzwirtschaft, sondern an der ungleichmäßigen und völlig unzureichenden Umlageverteilung der Kosten. Die Gemeinden sind dadurch auch starken Angriffen aus Wirtschaftskreisen ausgesetzt, deren Steuerlast den Wirtschaftskreis betragt. Während aber noch 1913 der Gemeinden 38 Proz. der Steuern zufließen, erhalten sie heute nur noch etwa 22 Proz. Und gerade diese Wirtschaftskreise selbst haben die Beiträge und Steuern zu ihren Organisationen und Institutionen in der Provinz außerordentlich erhöht. Die zur Bundesversammlung gegen 1914 um 137 Prozent, die zur Landesparlamentarier tagung um 98 Prozent. Wenn den Gemeinden immer vorgehalten wird, ihre Steuern zu erhöhen, so muß die Frage gestellt werden, ob die Gemeindevorstände früher zu niedrig war und jetzt nur angemessen ist. Die Hauptlast erwächst den Gemeinden aus der öffentlichen Fürsorge, die in kleinen Kommunen abgebaut werden muß, die die Kosten der öffentlichen Fürsorge, die die Gelder verwenden, um den Helfern, die sie ziehen, den Mund zu stopfen. Eine Zentralisation der Fürsorge bei der Kreisverwaltung ist deshalb unerlässlich. Man laßt sich Recht, Freizug habe sich gegeben. Wenn man aber jetzt nur einen Teil der Verwaltung eine Hungerart anempfiehlt, so ist das zu viel verlangt. Dann sollen sich auch die anderen Organe der Verwaltung den Helfern angeschlossen.

In der anschließenden Diskussion wurde betont, das Grundbild liegt darin, daß häufig die Forderungen über die Steuern und ihre Verwendung bestimmen, die sie nicht selbst ausbringen können, aber die Steuern nicht aufweist und mit größerer Interesse an den Kommunalwahlen teilnehmen, ist eine Befreiung dieser Kreise nicht abzulehnen. — Wer den Helfern angeschlossen ist, der ist der Gemeindevorstände nicht nachdrücklich beizustimmen. Sch.

Die Preissteigerung der Eisenbahn-Monatskarten.

Die Deutsche nationale Fraktion des Preussischen Landtags befragte sich in einer kleinen Anfrage mit den Preisen für Monatskarten auf der Deutschen Reichsbahn, die der Kriegszug um mehr als das Zweifelhafte übersteigen, und zwar als die Preise für Fahrkarten nur um etwa 50 Prozent gestiegen seien. Darüber hinaus gab es vor dem Krieg auch schon sogenannte „Helferkarten“ für Familienangehörige des Inhabers einer Monatskarte zum halben Preise, eine Berechtigung, die auch fortgefallen ist.

Diese Verschlechterung des Verhältnisses zwischen der einzelnen Hin- und Rückfahrt auf einer Monatskarte von 1:5% Fahrten auf 1:9 Fahrten würde damit erklärt, daß die Deutsche Reichsbahn durch ihre ausländischen Aufsichtspersonen zu dieser Verteuerung gezwungen sei, weil die deutschen Preise

für Monatskarten denen des Auslandes angepaßt werden müßten. Die Aufzählung laßt dabei die Rolle der deutschen Reparationspflichten außer acht und belagte ganz besonders die wirtschaftlich Schwachen. Das Staatsministerium wird gefragt, ob es bereit ist, sich für eine Ermäßigung der Preise für Monatskarten wenigstens im Sinne der neuerdings in Holland eingeführten Preisermäßigung einzusetzen.

Panzerarten in Kalkutta.

Die Umruhen in Britisch-Indien nehmen immer größere Formen an. In englischen Regierungsstellen befürchtet man, vor einem großen Aufstand zu stehen, für die die Aufstände in der größten Stadt des Landes, Kalkutta, um den Aufstand bilden, dem das gesamte Hinterland folgen wird, sobald das Signal dazu gegeben wird. Dieser Aufstand ist die englische Regierung zwischen dem 1. Januar und dem 1. März, mildes Wetter; doch scheint es nicht, als ob es in Indien mehr und mehr zur Gefahr eines Aufstandes hier reichen Kolonie zu führen. Aber werden alle Maßnahmen getroffen, um die Sicherheit mit brutalster Strenge aufrecht zu erhalten.

Natürlich bemühen sich die Engländer, die Umruhen als Religionsstreitigkeiten zwischen den Hindus und Mohammedanern des Landes zu hinstellen, aber die tiefere Ursache ist die indische Freiheitsbewegung, in der die Mohammedaner die radikalere Richtung vertreten. Amersham ist die Tatsache, daß die beiden Religionsparteien des Landes sich gegenseitig bekämpfen, statt eine gemeinsame Front gegen England zu machen für die Freiheitsbewegung ein unangenehm Vorzeichen. Solange es den Engländern gelingt, die Ander zu entzweien, werden sie auch die Herrschaft über das Land bewahren können. Aber auch schon die Notwendigkeit, evtl. militärische Maßnahmen zu ergreifen, um die Umruhen zu unterdrücken, ist den Engländern, zurecht angeht, der härtesten Arbeitsergebnisse in England und angeht der Sparnotwendigkeit, außerordentlich unangenehm. Außerdem drohen die notwendigen Schritte, den ganzen Islam gegen England aufzubringen (man denke an den für den Mai geplanten panislamischen Kongress in Kairo) und Frankreichs Ansehen im Orient zu schädigen, was wiederum die Beziehungen zu den muslimischen Ländern zu schädigen wird.

Die letzte Nachricht aus Kalkutta besagt: Auch während des Sonntages haben sich die Zusammenkünfte zwischen Hindus und Mohammedanern fortgesetzt. In einem Falle wurde die Polizei von der Schusswaffe Gebrauch machen, 4 der am Sonntage Verlesenen sind inzwischen gestorben. Die Gesamtzahl der Toten ist noch nicht bekannt. Die Zusammenkünfte sind mindestens 200 Personen besucht worden. Panzerwagen durchfahren die Straßen.

Brauns' Holzbeizen
für Liebhaber der Kunst Holzarbeiten, Brandmalerei usw.
Erhältlich in Drogeriehandlungen

habe, aber ein Mann, der gemeinsam mit den Schwarzen raucht und pfeifert, muß manchmal höfliche Dinge tun, schon um seine Autorität zu wahren.“

„Was Sie da sagen, ist wohl nicht Ihre eigene Meinung,“ erwiderte sie. „Sie zitieren wahrscheinlich den Mr. Mr. Clute, den Sie eben erwähnten?“

„Stimmt,“ gab Dante erwidert zu, erklärte jedoch nicht mit Gesichtsausdruck: „Aber ich weiß, daß er recht hat.“ Mr. Clute hat sich immer recht.“

„So, ja, und was hält Mr. Mr. Clute von Mr. Clavering?“

„Er würde ihn niederstrecken wie einen toten Hund.“

„Was bringt er wegen der Mittelschicht-Funde, die Mr. Clavering erwirbt?“

„So kann er seinen eigenen Vermögens, möchte ich sagen. Clavering hat einmal eine Schiffsladung von Marsden Del gehalten, und das kann man ihm niemals verzeihen.“

Bei diesen Worten blickte sich Dante vor und suchte unter dem Sky nach dem Revolver. Die Willionsdame sah ihn schweigend an, bis er sich wieder aufrichtete. Sodann streifte sie ihre Hand aus.

„Geben Sie ihn mir, bitte.“
„Was? — den Revolver?“
„Ja.“

Dante jagerte einen Augenblick und zeigte ihr darauf wie mechanisch die Waffe.

„Ich danke Ihnen,“ sagte Mr. Generalde und steckte den Revolver zu Davies Umlagerung in die kleine Brieftasche. „Ich fürchte, Sie sind Ihrem Mr. Mr. Clute zu ergeben, um Beziehungen widerlegen zu können, wenn ich Ihnen solche Dinge. Zudem glaube ich, daß er schneller ist, als Sie, und daß er in Wahrheit, darum wollen wir es diesmal sein lassen, nicht wahr?“

Sie lächelte ihm freundlich zu, ergoß ihre Dankbarkeit und ließ nun den Revolver fallen.

„Dante hat ihr zuerst mitgeteilt nach und folgte ihr dann zögernd. Mit Generalde hand am Bug der „Wiolet“ und sah vor sich hin auf den dunklen Umzug der führenden Barfasse.“

„Ohne zu wissen warum, blieb er stehen. In ihrer regungslosen Haltung lag etwas Unwahrscheinliches. Er hätte, daß sie allein zu bleiben wüßte. Das peinliche Bewußtsein überkam ihn, daß er in ihrer kleinen Dama, das hat vor seinen Augen die Wiolet, ein Unbeherrschter“ für Mr. Generaldes Benehmen war, so lagte er sich, noch erstaunlicher als Claverings kaltes Gesicht, unterzogen, sie nach Segway zu bringen, wo sich ein Konjunkt, eine Abteilung farbiger Truppen und Polizei befand, und wo ihn jeder weiche Einwohner sofort mit Revolverkugeln empfangen würde; natürlich nur, wenn er sich erweisen ließe.“

„Trennungsfähige Sandungen waren bei Clavering nicht zu erwarten. Er war in des Bureau des Bezirkspräsidenten getreten und hatte einen Zigarre angehalten hätte, würde Dante nicht mehr erkennen empfunden haben als nun, da er hinter der Willionsdame stand und zu erraten ludete, an was sie dachte.“

Während dies geschah, näherten sich die beiden Boote dem Segwayankers.

Dieser war etwa eine halbe Meile breit. Ein flinkes Boot, auf eine Strecke von sieben Meilen verließ, die sieben Galloren, das Konjunkt und die Willion.

Die erste der Barfassen benannte sich Carey & Co., die der Einbindung des Ismael Bisses, aus dem die Barfasse hervorloß, schick gegenüber lag. Dann kamen die von Bates & Wähler und die von Perkins & Gray, darauf die Willion, die von der Marsdenischen Werft durch einen Ismael Hülsen, den „Wasserschild“, getrennt war, über den eine rote Holzbrücke führte.

Die zweite Barfasse von Marsden folgte das Konjunkt, jedoch die Riederfahrt von Bates & Co. in Hamburg und die letzte die Krüger Reducere.

Es war kurz nach fünf Uhr. Am Ufer jeder Barfasse lag man auf und abmahnende Lichtpunkte, von den Laternen der Wächter herrührend. Dahinter erhoben sich die dunklen Umrisse der tiefen Lagerhäuser.

Vom Ufer aus bot Segway einen bitteren, alten Anblick, ein paar Dichter vor einem dunklen Schleier, durch den die Silhouetten der Gebäude in Schattenfielen, verformenden Umrisse glänzeren. Ueber dem Ganzen schwebte tief Stille, die nur gelegentlich von laudenden Menschenstimmen, gedämpft über das Wasser hinweg, unterbrochen war.

Hätte Dante das Gesicht der Willionsdame sehen können, so würde er bemerkt haben, daß ihre Lippen schmerzhaft erzogen waren und ein kleines Leuchten einige Male verließen ihre Augen betupfte.

Claverings Barfasse arbeitete fast geräuschlos, doch schien ihm dies gleichgültig zu sein. Er feuerte völlig sorglos geradeabwegs auf die kleine Sandungsbild der Willion zu. Mit einer geschickten Wendung brachte er die „Wiolet“ längs jenseits der Landungsstreppe.

Auf der Uferböschung lauerten, wie Schome, zwei Wächter, deren Laternen ein unheimliches Licht verbreiteten. Sie waren höchstlich verärgert über das Ereignis, in ihrer Boote, von denen das eine keine Kugel führte.

Weiter oben hörte man die schmerzliche Stimme eines ferneren Dienstmädchens. Der Willion honar Narben James Steel und seine Korpusente Frau effen der Landungsbild zu, um die neue Willion zu empfangen.

Diese hatte ihren Platz am Bug der „Wiolet“ verlassen und betrat die unerschöpfliche Landungstreppe, auf die Dante geprüngt war, um ihr sein Kniefolgen zu helfen.

Wie sie ihm die Hand entgegenstreckte, hörte sie hinter sich laudend laute Schritte.

„Dante hat sie nicht gesehen.“

„Dante hat sie nicht gesehen.“

„Dante hat sie nicht gesehen.“

„Dante hat sie nicht gesehen.“

„Dante hat sie nicht gesehen.“

„Dante hat sie nicht gesehen.“

„Dante hat sie nicht gesehen.“

„Dante hat sie nicht gesehen.“

„Dante hat sie nicht gesehen.“

„Dante hat sie nicht gesehen.“

„Dante hat sie nicht gesehen.“